

Die Strangulierung Griechenlands muss endlich beendet werden!

Es geht darum, das Ersticken Griechenlands und seiner demokratisch gewählten Regierung unter dem Druck ständiger Schuldendienstnachforderungen der Verhandlungspartner zu verhindern.



Die Verantwortlichen in der EU und das Internationale Währungsfonds IWF lassen Griechenland bewusst ausbluten: Die griechische Regierung kann noch so viele Auflagen erfüllen und Kürzungen durchpeitschen – die Gläubiger lassen Griechenland nicht in ruhiges Fahrwasser, so lange noch etwas zu holen ist.

Am 24. Mai trifft sich einmal mehr die Eurogruppe, um über das Kreditprogramm für Griechenland zu beraten. Die Gewährung von Krediten ist Teil des „Dritten Memorandums“ vom Sommer 2015 zwischen der griechischen Regierung und deren Gläubiger (EU-Kommission, EZB, Euro-Gruppe und IWF).

Die nächste Rate ist bisher blockiert, weil die Gläubiger nach Privatisierungen, einer erneuten „Rentenreform“ und Steuererhöhungen noch weitere Forderungen an die SYRIZA-geführte Regierung in Athen haben. Treibende Kraft ist die deutsche Regierung. So fordert Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble vom griechischen Parlament, jetzt schon genau festgelegte weitere Kürzungen in Höhe von 3,6 Milliarden Euro für 2018 zu beschließen, sollte in dem Jahr kein Haushalts-Überschuss von 3,5 Prozent erreicht werden.

Wer wurde bisher „gerettet“?

Die sogenannten Rettungsprogramme für Griechenland seit 2010 sind ein „gigantischer Rettungsschirm für die privaten Gläubiger“. Eine Einschätzung, die auch in Veröffentlichungen des IWF oder des Haushaltsausschusses des Europa-Parlaments geteilt wird.

Laut einer vor kurzem veröffentlichten Studie der European School of Management and Technology haben über 90% der Griechenland-Rettungssumme Banken und andere private Gläubiger gerettet. Das bestätigt, was Attac Österreich schon 2103 in einer eigenen Untersuchung belegt hat.

Die **Verlierer** der „Memoranden“ sind öffentliche Einrichtungen (Krankenhäuser, Schulen) und Institutionen (Rentenversicherung), sowie große Teile der griechischen Bevölkerung (massive Renten- und Gehaltskürzungen, Massenentlassungen, Abbau der Arbeitnehmerrechte). Die Verlierer sind ebenfalls die vielen **Flüchtlinge**. Mit der Aufnahme und Versorgung von Geflüchteten trägt die griechische Bevölkerung außergewöhnlichen Lasten. In dieser Situation braucht Griechenland keine zusätzlichen Sparauflagen, sondern Finanzhilfen seiner europäischen Nachbarn zur Bewältigung der humanitären Krise der eigenen Bevölkerung und der Geflüchteten in Griechenland. Europa muss auch sofort die Flüchtlinge aufnehmen, die wegen der Grenzsicherungen in Griechenland festsitzen, dazu ruft u.a. die Initiative „Züge der Hoffnung“ auf.

Die **Folge** der „Rettungsmaßnahmen“ ist eine bis heute andauernde schwere Rezession der griechischen Wirtschaft, die nur als humanitäre Katastrophe bezeichnet werden kann.

Es wird an Griechenland ein Exempel statuiert

Als am 25. Januar 2015 Syriza in Griechenland die Wahlen gewann, löste dies nicht nur in Griechenland, sondern in ganz Europa eine Welle der Hoffnung aus. **Hoffnung** darauf, dass nun die Zeit reif ist für eine Politik, die die Verbesserung der Lage der sozial Schwachen im Fokus hat. Den europäischen Machthabern in Berlin und Brüssel war dies ein Horror. Von Anfang an ging es ihnen darum, mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln den Erfolg des „Experiments Syriza“ zu verhindern. Mit ih-

ren ökonomischen Gewaltmitteln (keine neuen Kredite) würgten sie den Athener Frühling 2015 ab. **Ihr ökonomisches Diktat, das „Dritte Memorandum“**, sollte bei allen Gegnern der neoliberalen Gewaltpolitik Angst und Schrecken und vor allem ein nachhaltiges, lähmendes Gefühl der Ohnmacht bewirken. Es zeichnet sich jedoch ab, dass es den europäischen Eliten **nicht gelungen ist, eine nachhaltige Friedhofsruhe herzustellen** -

weder in Griechenland, noch im restlichen Europa: Es wird jetzt in **Frankreich** demonstriert, gestreikt gegen ein neues Arbeitsrecht, das solche Errungenschaften wie Mindestlohn, 35-Stundenwoche, Schutz vor Kündigungen, gewerkschaftlichen Rechte zunichte machen soll. **Ein Bruch mit der Politik der Austerität ist unverzichtbar - in Griechenland und allen anderen Ländern Europas.**

Schuldenerlass jetzt!

Ein Schuldenerlass für Griechenland ist unumgänglich und gerechtfertigt.

Das griechische Parlament setzte im April 2015 die „**Wahrheitskommission für die Staatsverschuldung**“ ein - gemäß einer Verpflichtung der EU, eine umfassende Prüfung der öffentlichen Finanzen durchzuführen und die Bilanz der Bevölkerung vorzulegen. Im ersten **Bericht von Juni 2015** wird festgestellt: „Die hier vorgelegten Beweise zeigen, dass Griechenland nicht nur nicht in der Lage ist, die Schulden zu tilgen, sondern das auch nicht tun sollte, und zwar hauptsächlich weil die aus den Abkommen mit der Troika hervorgegangenen Schulden eine eindeutige Verletzung der grundlegenden Menschenrechte der Bürgerinnen und Bürger Griechenlands darstellen.“



Sprengt die Schuldenketten Griechenlands!
<http://cancelgreekdebt.org/de/>

Mehrere Organisationen, u.a. Erlaßjahr, Eurodad, Greece Solidarity Campaign (UK), Jubilee Debt Campaign, Ecologistas en accion, erklären anlässlich der Treffens der Euro-Gruppe am 24. Mai :

The debt reprofiling measures outlined do not

go far enough to solve the Greek debt problem in a speedy and sustainable manner. The so-called contingency mechanism sidelines democratic decision-making procedures and would trigger a dangerous downward spiral when Greece is hit by economic shocks. Furthermore, the three-pronged approach of different reprofiling options, including maturity extensions, is postponing the actual solution to the Greek debt crises until the distant future. (...) We therefore reiterate our call that the major share of Greek debt must be cancelled. It is indeed unfortunate that the burden of such an operation might fall on the European taxpayers. This is obviously a consequence of previous decisions to move formerly private debt to public balance sheets, to bailout banks with public monies. Several studies, most recently one by the European School of Management and Technology in Berlin, found that 95% of Troika loans have been used to repay old loans and bailout banks across Europe and even outside Europe. Given that, it is illegitimate to demand that the burden of repayment should be borne by the Greek citizens.

We, however, share the position expressed by several Finance Ministers that the Greek debt crisis should be solved in a way that minimises the costs for European taxpayers and public budgets.

Therefore, we would also like to reiterate our call that money must be recovered from the banks which benefitted from the bailouts, in order to compensate the European financial instruments and finance the debt cancellation.

(Übersetzung , evtl bericht über Aktionen am WE)

Solidaritätsgruppe Griechenland Hamburg

Wir treffen uns jeden 2. und 4. Dienstag, 19:00, in der W3, Nernstweg 32 (Altona).

Interessierte sind herzlich willkommen.

Kontakt: oxi@lists.riseup.net